

Stand: 09.06.2015

Anlage Nr. 2

Fassung: Satzung



**Stadt Mahlberg
ORTENAUKREIS**

**Bebauungsplan und
örtliche Bauvorschriften
„Obere Matten II, 3. Änderung“**

Begründung

Beratung · Planung · Bauleitung

zink
I N G E N I E U R E

Ingenieurbüro für
Tief- und Wasserbau
Stadtplanung und
Verkehrsanlagen

Inhalt:

TEIL 1	EINLEITUNG	3
KAP. 1	ANLASS UND AUFSTELLUNGSVERFAHREN	3
1.1	Anlass der Änderung	3
1.2	Art des Bebauungsplanes	3
1.3	Verfahrensart	3
1.4	Aufstellungsverfahren	4
KAP. 2	ZIELE UND ZWECKE, ERFORDERLICHKEIT DER BEBAUUNGSPLANUNG	4
2.1	Ziele und Zwecke	4
2.2	Erforderlichkeit der Planung	5
KAP. 3	GELTUNGSBEREICH	5
3.1	Räumlicher Geltungsbereich	5
3.2	Beschreibung des Gebiets und seiner Umgebung	6
KAP. 4	ÜBERGEORDNETE VORGABEN	8
4.1	Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan	8
4.2	Verhältnis zu anderen Planungen	9
TEIL 2	PLANUNGSBERICHT	11
KAP. 5	UMFANG DER ÄNDERUNGEN	11
KAP. 6	AUSWIRKUNGEN	13
KAP. 7	MAßNAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG	13
7.1	Entschädigungen	13
7.2	Erschließung	13
7.3	Ver- und Entsorgung	13
7.4	Planungsrecht	13

Teil 1 Einleitung

Kap. 1 Anlass und Aufstellungsverfahren

1.1 Anlass der Änderung

Der Bebauungsplan „Obere Matten II – Änderung“ wurde am 09.05.1983 als Satzung beschlossen und ist am 13.06.1983 in Kraft getreten. In den Jahren 1991 und 1997 wurden Änderungen am Bebauungsplan vorgenommen.

Im Bebauungsplan „Obere Matten II“ wurde aufgrund der bei der Aufstellung bestehenden und geplanten Nutzungsstruktur für einen Teilbereich beschränktes Gewerbegebiet festgesetzt. Dieser Bereich umfasst überwiegend den Bauhof der Stadt Mahlberg sowie das ehemalige Betriebsgelände einer Baufirma. Die Baufirma hat ihren Standort inzwischen verlagert. Eine gewerbliche Nachnutzung ist nicht absehbar und auch die Nutzungsstruktur hat sich inzwischen sehr stark in Richtung Wohnen entwickelt. Durch den Eigentümer der Grundstücke Flst.-Nr. 2505/7 und 2505/16 ist nunmehr die Errichtung von Wohngebäuden zur Bereitstellung von Wohnraum beabsichtigt. Die Ausweisung als eingeschränktes Gewerbegebiet steht diesem Vorhaben entgegen. Zur Realisierung von Wohngebäuden soll deshalb der Bebauungsplan geändert werden.

1.2 Art des Bebauungsplanes

Für das Plangebiet besteht ein qualifizierter Bebauungsplan nach § 30 Abs. 1 BauGB. Dieser Bebauungsplan wird nunmehr in einem Teilbereich geändert.

1.3 Verfahrensart

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB geändert. Von der Durchführung einer Umweltprüfung und Erstellung eines Umweltberichts wird abgesehen und es erfolgt keine Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen.

Zur Anwendung des beschleunigten Verfahrens gemäß § 13 a BauGB sind alle Voraussetzungskriterien erfüllt:

1. Für das Plangebiet besteht ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan. Mit der Änderung des Bebauungsplans wird nunmehr die Umnutzung einer Gewerbebrache zur Wohnbebauung ermöglicht. Es handelt sich somit um eine Maßnahme der Innenentwicklung zur Wiedernutzbarmachung von Flächen.
2. Ermittlung der festgesetzten Größe der Grundfläche:

Nettobauland WA	2.927 m ²	x Grundflächenzahl 0,4	=	1.171 m²
Grundfläche gesamt			=	4.559 m²

Die im Bebauungsplan festgesetzte Grundfläche gemäß § 19 Abs. 2 BauNVO beträgt weniger als 20.000 m². Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden und der zulässigen Grundfläche zuzurechnen wären, liegen nicht vor.
3. Vorgesehen ist die Ausweisung als allgemeines Wohngebiet. Es wird somit kein Vorhaben ermöglicht, das der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt.
4. Es liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung eines FFH- oder Vogelschutzgebietes vor.

Nach sorgfältiger Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 13 a BauGB ist festzustellen, dass der vorliegende Bebauungsplan diesen entspricht. Der Bebauungsplan wird somit im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB geändert.

Da der Bebauungsplan gemäß § 13 a BauGB geändert wird, die Eingriffe unabhängig davon durch den rechtskräftigen Bebauungsplan „Obere Matten II“ bereits vor Planung zulässig waren, ist naturschutzrechtlicher Ausgleich nicht erforderlich.

1.4 Aufstellungsverfahren

Am 22.05.2014 wurde vom Gemeinderat der Beschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplans „Obere Matten II“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB gefasst. Auf die frühzeitige Behördenbeteiligung bzw. Abstimmung mit Nachbargemeinden wurde gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet. Von der Durchführung einer Umweltprüfung und Erstellung eines Umweltberichts wurde abgesehen.

Der Bebauungsplanentwurf wurde am 13.04.2015 vom Gemeinderat als Grundlage für die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB gebilligt.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit Stand 29.01.2015 wurde vom 27.04.2015 bis zum 29.05.2015 öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden durch Veröffentlichung im Amtsblatt vom 17.04.2015 bekannt gemacht.

Die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte gemäß § 4a Abs. 2 BauGB zeitgleich mit der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom 23.04.2015 von der Planung unterrichtet und zur Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplans mit Stand 29.01.2015 aufgefordert.

Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen vorgetragenen Anregungen sowie die Stellungnahmen der beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 15.06.2015 behandelt. In der gleichen Sitzung wurde der Bebauungsplan in der Fassung vom 09.06.2015 als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.

Der Bebauungsplan wurde am ausgefertigt und ist durch ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt vom in Kraft getreten.

Kap. 2 Ziele und Zwecke, Erforderlichkeit der Bebauungsplanung

2.1 Ziele und Zwecke

2.1.1 Ziele

- Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum
- Nachnutzung bereits erschlossener Baugrundstücke
- Vermeidung von Brachflächen im Siedlungsbereich

2.1.2 Zwecke

Zu diesem Zweck wird der rechtsverbindliche Bebauungsplan „Obere Matten II“ geändert. Insbesondere werden die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung geändert.

2.2 **Erforderlichkeit der Planung**

Im Baugebiet „Obere Matten II“ ist für die Grundstücke Flst.-Nr. 2505, 2505/7, 2505/9, 2505/16 und 2500/10 (teilweise) eingeschränktes Gewerbegebiet festgesetzt. Diese ausgewiesene Art der Nutzung entspricht im Bereich der Grundstücke entlang der ‚Brunnenstraße‘ nicht mehr dem Willen der Stadt Mahlberg. Darüber hinaus hat sich die Umgebung des Plangebiets sehr stark in Richtung Wohnnutzung entwickelt, so dass die Ausweisung als eingeschränktes Gewerbegebiet entlang der ‚Brunnenstraße‘ mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung nicht mehr vereinbar ist.

Des Weiteren unterstützt die Stadt die Umnutzung eines ehemals gewerblich genutzten Baugrundstücks zur Errichtung von Wohnungen. Dadurch soll dringend benötigter Wohnraum auf einer innerörtlichen Fläche geschaffen werden. Aus diesen Gründen ist die Änderung des Bebauungsplanes erforderlich.

Kap. 3 **Geltungsbereich**

3.1 **Räumlicher Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich der Änderung der zeichnerischen Festsetzungen umfasst die Grundstücke Flst.-Nr. 2505/7 und 2505/16 sowie einen Teil des Grundstücks Flst.-Nr. 2500/10. Das Plangebiet befindet sich nördlich der ‚Brunnenstraße‘.

Die textlichen Änderungen beziehen sich auf den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans „Obere Matten II“.

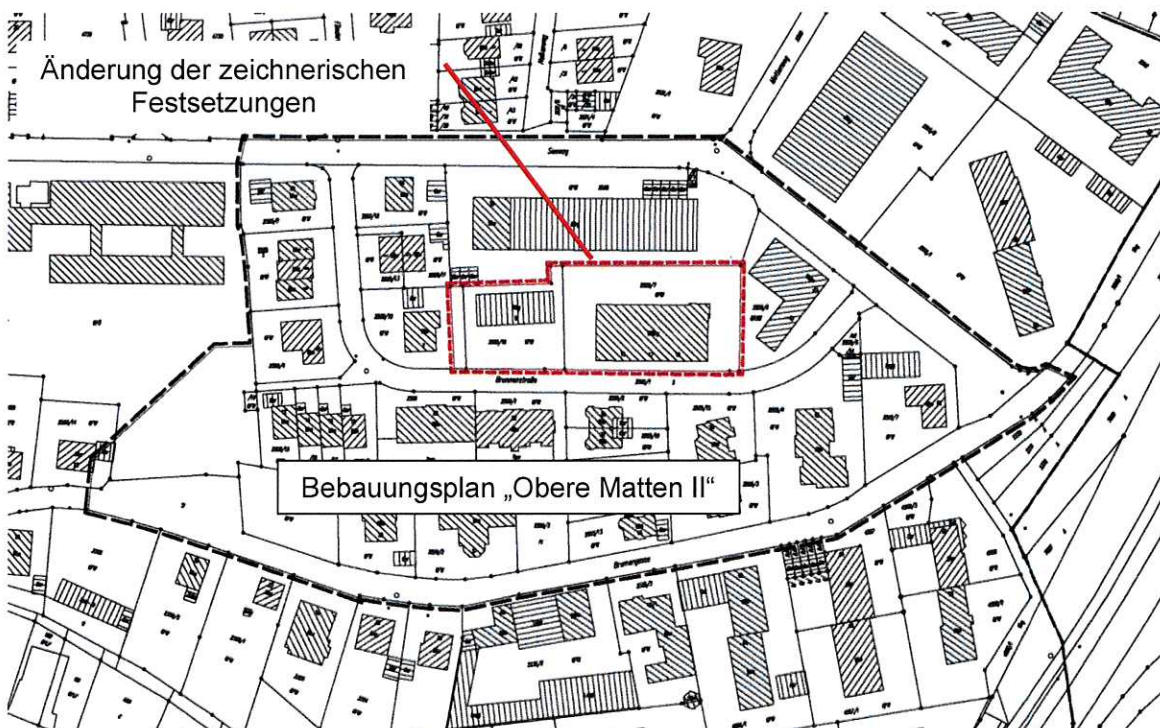


Abbildung 1 – Geltungsbereich des Bebauungsplans „Obere Matten II“ und Änderungsbereich der zeichnerischen Festsetzungen

3.2 Beschreibung des Gebiets und seiner Umgebung

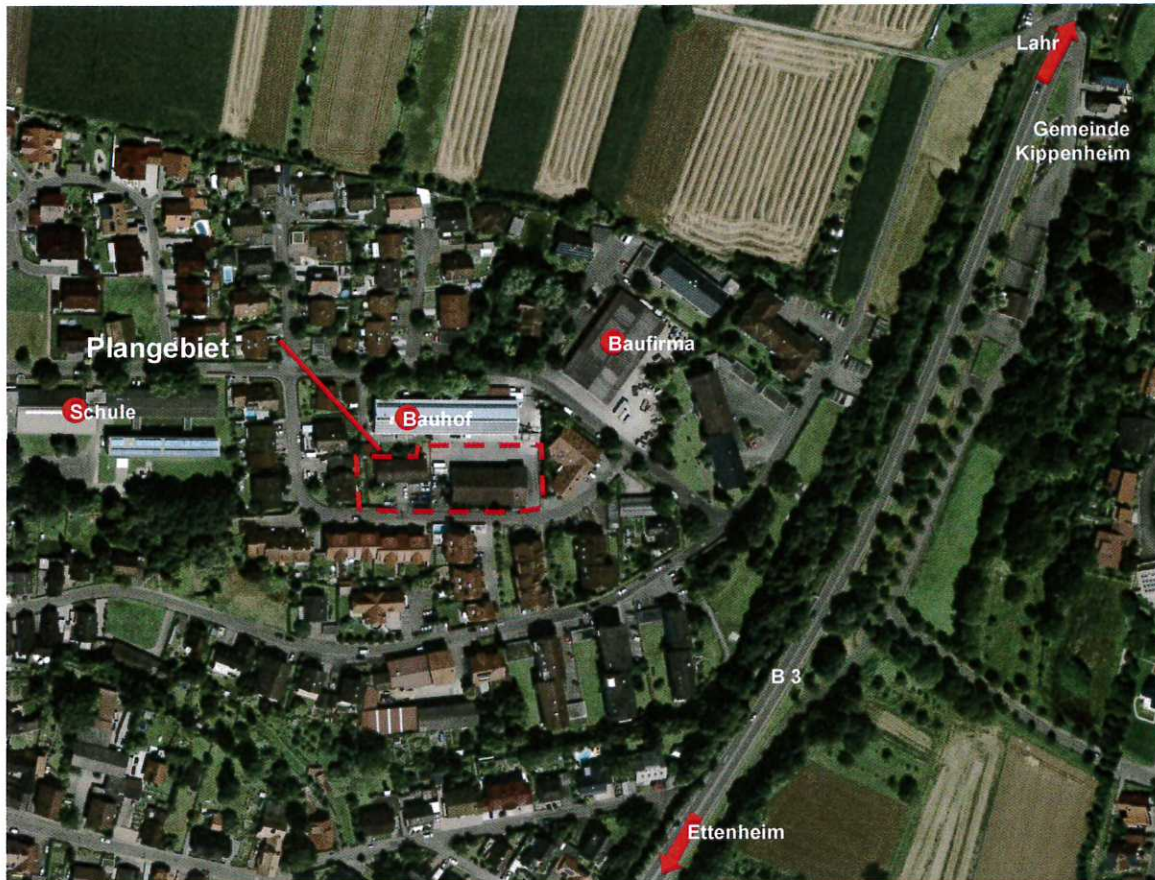


Abbildung 2 – Luftbild des Planbereichs mit Änderungsbereich der zeichnerischen Festsetzungen

Das Plangebiet der Änderung der zeichnerischen Festsetzungen umfasst das frühere Betriebsgelände der Baufirma Kern, die diesen Standort inzwischen aufgegeben hat. Seither wird der westliche Bereich durch eine Kfz-Werkstatt genutzt, der östliche Bereich befinden sich noch Teile der Verwaltung der Baufirma.

Die nähere Umgebung des Plangebiets ist insbesondere entlang des ‚Seeweg‘ durch eine sehr heterogene Nutzungsstruktur geprägt. Grundsätzlich hat sich dieser nordöstliche Siedlungsbereich in den vergangenen Jahrzehnten sehr stark in Richtung Wohngebiet entwickelt. Auch nach Aussiedlung der Baufirma Kern befinden sich – wie eine Insel innerhalb dieser Wohnbebauung – aber weiterhin gewerbliche Nutzungen (Bauhof, Baufirma Kiesel). Etwa 50 m westlich befindet sich außerdem die Grundschule von Mahlberg.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist erforderlich, die Schallimmissionen zu ermitteln, die von den Betrieben in der Umgebung auf das Plangebiet einwirken. Hierzu wurde durch das Ingenieurbüro für Umweltakustik Heine + Jud, Stuttgart, ein Schallgutachten erstellt.

Das Plangebiet „Obere Matten II“ ist bereits vollständig erschlossen und bebaut. Im Einzugsgebiet ist Trennkanalisation vorhanden und die Baugrundstücke werden im Trennsystem erschlossen. Eine Versickerung des Niederschlagswassers ist aufgrund der anstehenden Bodenverhältnisse nicht möglich.

Im Plangebiet „Obere Matten II“ sind zwei altlastverdächtige Flächen bekannt. Es handelt sich hierbei um folgende Flächen:

- Altstandort „Bauhof / Tankstelle und Stahlbaubetrieb“, Seeweg 36, Flst.-Nr. 2500
- Altstandort „Seisreiner / Metallbearbeitung“, Brunnenstraße 33, Flst.-Nr. 2505/7

Altstandort „Bauhof / Tankstelle und Stahlbaubetrieb“, Seeweg 36, Flst.-Nr. 2500:

Die altlastenrelevante Nutzung fand von 1974 bis 1992 statt. Auf der Grundlage der Ergebnisse einer Orientierenden Untersuchung vom 18.02.2004 sowie einer Detailuntersuchung vom 07.06.2005 konnte der Gefahrverdacht gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) ausgeräumt werden.

Dieser Altstandort ist daher im Sinne von § 2 Abs. 6 BBodSchG keine Altlastverdachtsfläche mehr, was jedoch nicht gleichbedeutend mit der Feststellung der Schadstofffreiheit ist.

Altstandort „Seisreiner / Metallbearbeitung“, Brunnenstraße 33, Flst.-Nr. 2505/7

Die altlastenrelevante Nutzung fand von 1974 bis 1992 statt. Vorbehaltlich der derzeitigen Nutzung der Grundstücke besteht kein weiterer Handlungsbedarf. Bei einer Änderung von bewertungsrelevanten Sachverhalten (Neubebauung, Entsiegelung, Nutzungsänderung, Abriss) ist über das weitere Verfahren erneut zu entscheiden.

Aufgrund der bisherigen Einstufung der Altlastverdachtsfläche wird davon ausgegangen, dass die Umnutzung des Grundstücks möglich ist. Weitere Erkundungsmaßnahmen sowie die evtl. erforderliche Entsorgung von Erdaushub können im Rahmen des Gebäudeabbruchs sowie der beabsichtigten Neubebauung erfolgen.

Kap. 4 Übergeordnete Vorgaben

4.1 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Ettenheim ist der Planbereich überwiegend als gewerbliche Baufläche dargestellt. Der Teil des Grundstücks Flst.-Nr. 2500/10 ist als gemischte Baufläche dargestellt. Im Plangebiet wird Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO ausgewiesen.

Der Bebauungsplan weicht demnach von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes ab. Eine Genehmigung ist gemäß § 13 a (2) Nr. 2 BauGB i. V. m. § 8 BauGB dennoch nicht erforderlich. Auch die Änderung des Flächennutzungsplanes in einem gesonderten Verfahren ist nicht erforderlich. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes nicht beeinträchtigt wird. Diese Vorgabe wird durch die Änderung des Bebauungsplanes eingehalten, da mit den festgesetzten Schallschutzmaßnahmen die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse gewahrt werden.

Darüber hinaus wird mit dieser Änderung eine zukünftige geordnete städtebauliche Entwicklung begünstigt. Die Beibehaltung der gewerblichen Baufläche im Flächennutzungsplan ist langfristig mit der Schutzbedürftigkeit der umgebenden Wohnbebauung nicht mehr zu vereinbaren.

Langfristig ist beabsichtigt, den als Misch- bzw. Gewerbebaufläche komplett zur Wohnbebauung zu entwickeln. Mit der Änderung des Bebauungsplans erfolgt ein erster Schritt aufgrund der Auslagerung des bis dahin dort bestehenden Gewerbebetriebs (Baufirma Kern).

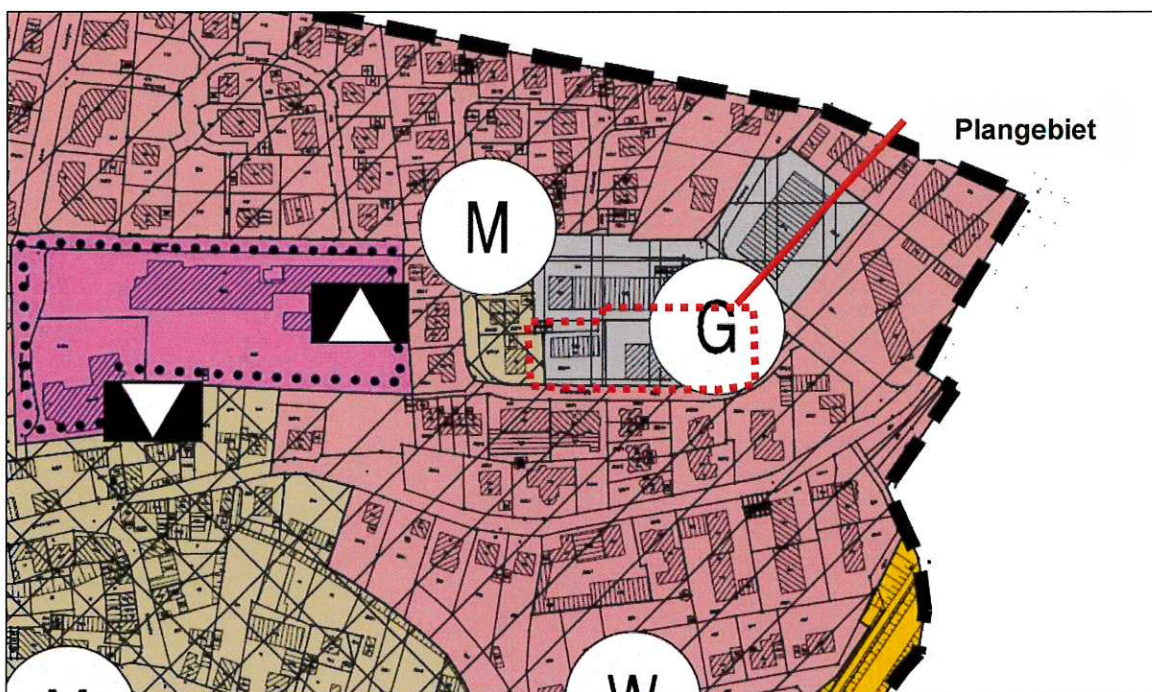


Abbildung 3 – Auszug aus der Fortschreibung Flächennutzungsplan 2025 der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Ettenheim, Stand: 25.05.2011 mit Änderungsbereich der zeichnerischen Festsetzungen

The image is a detailed cadastral map of a residential area in Oberer Matten. The map shows several plots of land, some of which are shaded in pink and labeled 'WA' (Wohnfläche). A red dashed line outlines a specific plot labeled 'neu Oberer Matten II'. A red arrow points from the 'Plangebiet' label to this plot. The map includes various annotations such as 'Geb' (Gebäude) and 'WA' (Wohnfläche) with associated numbers. The surrounding area is labeled 'Oberer Matten'.

Nordöstlich des Plangebiets befindet sich der Bebauungsplan „Obere Matten“. Dort ist für den Bereich der bestehenden Baufirma „beschränktes Gewerbegebiet“ (G**E**b) festgesetzt. Im Bereich dieses beschränkten Gewerbegebiets sind nur das „Wohnen nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe“ zulässig.

Seite 10 von 13

Teil 2 Planungsbericht

Kap. 5 Umfang der Änderungen

Bebauungsplan „Obere Matten II“

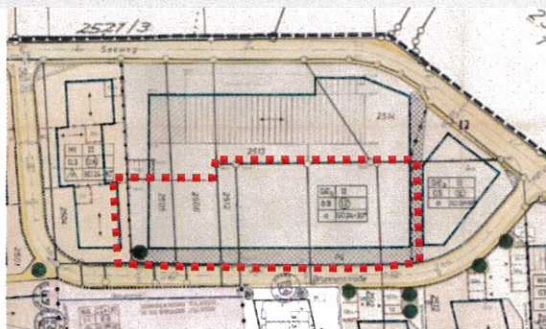


Abbildung 6 – Bebauungsplan „Obere Matten II“ mit Änderungsbereich der zeichnerischen Festsetzungen

3. Änderung des Bebauungsplans

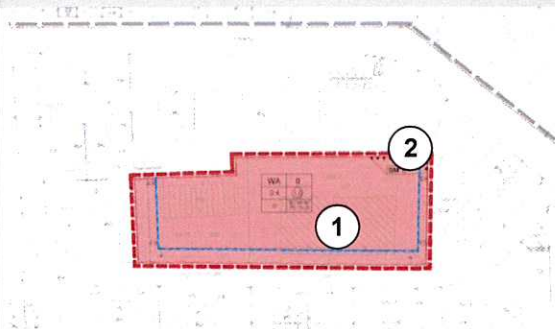


Abbildung 7 – 3. Änderung des Bebauungsplans „Obere Matten II“

Zeichnerische Änderung ①

Grundstücke Flst.-Nr. 2505/7 und 2505/16

Beschränktes Gewerbegebiet (GEb)

Z = II

GRZ 0,8

GFZ 1,2

Pflanzgebot

Allgemeines Wohngebiet (WA)

Z = II

GRZ 0,4

GFZ 1,0

entfällt

Begründung:

Geplant ist, das frühere Betriebsgrundstück der Baufirma Kern zu Wohnzwecken zu nutzen. Die bisherige Ausweisung als beschränktes Gewerbegebiet (GEb) steht dieser beabsichtigten Nutzung entgegen, weil im Gewerbegebiet nur Betriebswohnungen zugelassen werden können. Aus diesem Grund ist die Änderung in allgemeines Wohngebiet erforderlich. Mit der Ausweisung als allgemeines Wohngebiet wird außerdem der Entwicklung dieses Gebiets in Richtung „Wohngebiet“ Rechnung getragen. Um die neuen Wohnbaugrundstücke vor unzumutbaren Immissionen der beiden nördlichen Betriebe (Bauhof, Baufirma Kiesel) zu schützen, ist die Festsetzung von Lärmschutzmaßnahmen erforderlich.

Auf dem östlich angrenzenden Grundstück Flst.-Nr. 2505/9 befinden sich eine Arztpraxis und Wohnungen. Die Wohnungen sind im Gewerbegebiet planungsrechtlich nicht zulässig. Eine Änderung dieses Grundstücks ist jedoch nicht erforderlich, da keine Einschränkungen der benachbarten Betriebe hervorgerufen werden sollen. Die bestehenden Wohnungen sind im Rahmen ihres genehmigten Bestands zulässig. Bei einer Aufgabe der Wohnnutzung kann jedoch keine neue Wohnnutzung erfolgen, da das Baugrundstück als beschränktes Gewerbegebiet ausgewiesen ist, Wohnen ist nur im Zusammenhang mit einem Gewerbebetrieb möglich.

Bisher ist im rechtsverbindlichen Bebauungsplan „Obere ;Matten II“ am südlichen und östlichen Rand des Änderungsbereichs ein Pflanzgebot festgesetzt. Diese Festsetzung erfolgte, um einen Übergang zur Wohnbebauung nach Süden zu schaffen. Die Übernahme dieses Pflanzgebots ist daher nicht mehr erforderlich und kann entfallen.

Änderung ② Immissionsschutz

| Festsetzung einer Lärmschutzwand

Begründung:

Zur Beurteilung der schalltechnischen Situation wurde durch das Ingenieurbüro Heine+Jud, Stuttgart, ein Gutachten erstellt, in dem die Schallimmissionen im Bereich der vorhandenen und geplanten Wohnbebauung ermittelt wurden.

Hierbei wurde die Abstrahlung aller maßgeblichen Schallquellen bestimmt und zum Beurteilungspegel zusammengefasst. Grundlage hierfür waren Messungen am Betrieb, Betreiber- und Literaturangaben. Bei den Berechnungen wurde folgende Lärmschutzmaßnahme berücksichtigt:

- Maßnahme „SM 1: Errichtung einer Lärmschutzwand im Bereich der nordöstlichen Grundstücksgrenze (Gesamtlänge 25 m, Höhe 7 m)

Durch den Betrieb des Bauhofs und der Bauunternehmung Kiesel ist an der bestehenden sowie an der geplanten Bebauung mit dieser Lärmschutzmaßnahme ‚tags‘ mit Beurteilungspegeln von bis zu 54 dB(A) im Bereich des allgemeinen Wohngebiets zu rechnen. Die Richtwerte der TA Lärm für allgemeine Wohngebiete werden eingehalten.

Berücksichtigt wurde hierbei, dass ein nächtlicher Betrieb des Bauhofs (Winterdienst) als „unvorhergesehenes Ereignis/Notfall“ eingestuft wird.

Durch die Änderung des Bebauungsplans werden die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse gewahrt.

Die Errichtung einer Lärmschutzwand an der Grundstücksgrenze ist auch hinsichtlich der Abstandsflächen zulässig. Gemäß § 5 Abs. 1 LBO sind Abstandsflächen vor Außenwänden nicht erforderlich, „wenn an die Grenze gebaut werden muss (...)“. Mit der Festsetzung der Lärmschutzwand werden daher die Abstandsregelungen durch die Stadt modifiziert und an diese besonderen Gegebenheiten angepasst. Die angrenzenden Baugrundstücke werden durch die Errichtung dieser Lärmschutzwand aufgrund ihrer Ausweisung als Gewerbegebiet nicht unzumutbar beeinträchtigt.

Textliche Änderung Dachdeckung

Satteldach 24-30°

Dachdeckung mit ziegelfarbigem Material.

Satteldach 24-30°

Pulldach 10-15°

Für die Dachdeckung sind nur rote, braune und anthrazitfarbene Farben zulässig.

Begründung:

Die Vorschriften zur Dachdeckung werden neu gefasst. Zugelassen werden zukünftig rote, braune und anthrazitfarbene Dächer. Dies entspricht dem vorherrschenden Bild der Dachlandschaft in diesem Siedlungsbereich.

Mit der Aufnahme der Dachform „Pulldach“ werden die Bauvorschriften geringfügig geöffnet, um zeitgemäße Architektur zu ermöglichen.

Die vorgenommenen textlichen Änderungen gelten im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans „Obere Matten II“.

Kap. 6 Auswirkungen

Durch die Änderung des Bebauungsplanes erfolgt eine Anpassung der bislang im Bebauungsplan vorgegebenen Art der Nutzung an die wohnbauliche Entwicklung.

Durch die vorgenommenen Lärmschutzfestsetzungen sind die Immissionsrichtwerte für allgemeine Wohngebiete eingehalten. Daher ist davon auszugehen dass die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse gewahrt sind und keine Abwehransprüche der Wohnbevölkerung gegenüber dem genehmigten Bestand der Gewerbebetriebe bestehen. Hiervon nicht berührt sind ungenehmigte gewerbliche Emissionen oder Tätigkeiten.

Kap. 7 Maßnahmen zur Verwirklichung

7.1 Entschädigungen

Durch die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans werden keine Entschädigungsansprüche nach §§ 39 ff. BauGB ausgelöst.

7.2 Erschließung

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden keine Erschließungsmaßnahmen ausgelöst.

7.3 Ver- und Entsorgung

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden keine Maßnahmen zur Ver- und Entsorgung ausgelöst. Das Plangebiet ist bereits an die Trennkanalisation angeschlossen. Eine Versickerung des Niederschlagswassers ist aufgrund der anstehenden Bodenverhältnisse nicht möglich. Mit der Umnutzung des Plangebiets vom Gewerbegebiet zum Wohngebiet und Reduzierung der Grundflächenzahl wird darüber hinaus eine Entsiegelung erzielt.

7.4 Planungsrecht

Vorgesehen ist, die Änderung des Bebauungsplans bis Ende des Jahres 2015 zur Rechtskraft zu bringen.

Mahlberg, den 30. Juni 2015.....

Dietmar Benz
Bürgermeister



Lauf, den 09.06.2015 Kr-la

zink
INGENIEURE

Poststr. 1 · 77886 Lauf · ☎ 07841 703-0
Fax 07841 703-80 · info@zink-ingenieure.de

Planverfasser